



02. Juni 2026

NEIN zur Initiative «Keine 10 Millionen Schweiz»

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) lehnt die Initiative «Keine 10 Millionen Schweiz» ab. Diese Initiative legt zwar einen starren Deckel für die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bei zehn Millionen fest, der in die Verfassung geschrieben wird. Jedoch könnten von der Wirtschaft weiterhin ausländische Arbeitskräfte mit Kurzaufenthalten zu prekären Bedingungen und weniger Rechten geholt werden. Damit wird keines der von den Initianten versprochenen Probleme wie Staus auf den Strassen oder volle öffentliche Verkehrsmittel gelöst.

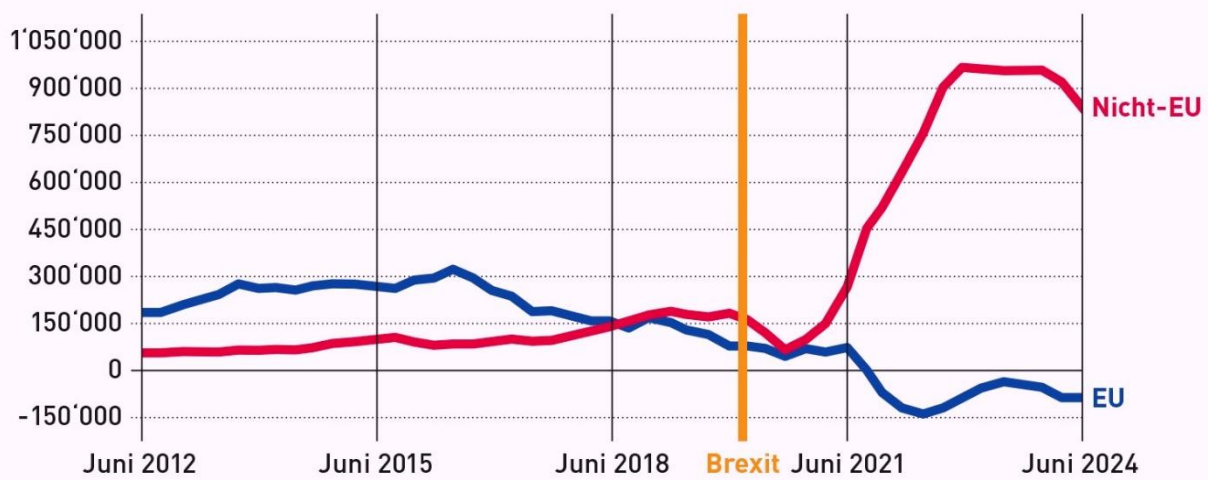
Auch günstiger Wohnraum wird weiterhin fehlen. In unserem Kanton steigen die Wohnkosten nicht wegen der Zuwanderung, wie die Initianten behaupten. Sondern umgekehrt: Wir brauchen die Zuwanderung von Wohlhabenden, die sich die teuren Wohnungen leisten können, welche für die Innerrhoder Bevölkerung nicht bezahlbar sind.

Diese Initiative schafft in geopolitisch labilen Zeiten unnötige Unsicherheiten, indem in den Übergangsbestimmungen verlangt wird, bewährte Abkommen mit unsern europäischen Verbündeten zu kündigen. Überschreitet die ständige Wohnbevölkerung vor dem Jahr 2050 neuneinhalb Millionen Menschen, so müssten Massnahmen zur Einschränkung des Familiennachzuges und im Asylbereich getroffen und somit das Personenfreizügigkeitsabkommen gekündigt werden. Es stellt sich die Frage, welche gut qualifizierten ausländischen Fachleute künftig in der Schweiz arbeiten werden, wenn sie ihre Familie nicht mitnehmen können. Mit dem drohenden Fachkräftemangel geht in unserem Land ein Verteilungskampf um Fachpersonen mit gravierenden Folgen für Randregionen wie Appenzell Innerrhoden einher – beispielsweise mit fehlendem qualifiziertem Fachpersonal im Gesundheits- und Bauwesen.

Asylsuchende sind in unserem Land nicht die massgebenden Treiber für den Bevölkerungszuwachs. Aktuell sind die Zahlen deutlich abnehmend. Doch die Übergangsbestimmungen dieser Initiative gefährden auch die Abkommen von Schengen/Dublin. Ohne Schengen/Dublin würde unser Land attraktiver für Asylsuchende. Die Schweiz wäre mitten in Europa eine Asyl-Insel. Denn Asylsuchende, die in einem EU-Land abgewiesen würden, könnten bei uns legal ein neues Asylgesuch stellen. Grossbritannien macht diese schmerzlichen Erfahrungen mit zehn Jahren Brexit. Die Zahl der Menschen aus dem EU-Raum sind rückläufig, jedoch ist die Zuwanderung aus Drittstaaten deutlich gestiegen – mit negativen Folgen im Gesundheitswesen und in der Wirtschaft. Auch solche Fehlentwicklungen will die SP AI vermeiden. Sie sagt deshalb «Nein» zu dieser extremen Initiative. Denn unser Land ist erfolgreich, weil wir Beziehungen untereinander und mit unseren Nachbarn pflegen und ausbauen.



Netto-Zuwanderung nach Grossbritannien



Quelle: Office for National Statistics (GB)

SP AI

Kontakt:

Martin Pfister, Co-Parteipräsident

Daniela Mittelholzer, Co-Parteipräsidentin

079 713 74 84 (ruft zurück)

damit@gmx.ch